



medica mondiale e.V. • Hülchrather Str. 4 • 50670 Köln

Frau  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzlerin  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin  
Fax: +49 3018 681-2926

medica mondiale e.V.  
Hülchrather Str. 4  
50670 Köln

Fon: +49/221/9 31 89 8-0  
Fax: +49/221/9 31 89 8-1

info@medicamondiale.org  
www.medicamondiale.org

---

**Dr. Monika Hauser**  
Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied  
Fon +49/221/93 18 98-0/-41  
mhauser@medicamondiale.org

---

19. Juli 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit großer Besorgnis über die aktuelle Verschlechterung der Menschenrechtssituation insgesamt und für die weibliche Bevölkerung in Afghanistan im Besonderen wende ich mich heute an Sie.

Am morgigen Tag findet in Kabul die Afghanistankonferenz statt. Hierzu sagt der deutsche Außenminister in seiner Regierungserklärung vom 09. Juli, die Wahl des Veranstaltungsortes sei „Ausdruck des festen Willens, die vollständige Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu übergeben“. Auch *medica mondiale* hält das Konzept der „Afghanisierung“ für grundsätzlich richtig. Dieses kann und darf aber nicht zu Lasten der afghanischen Zivilbevölkerung umgesetzt werden. Die zum großen Teil aus ehemaligen ‚War Lords‘ bestehende afghanische Regierung hat in der Vergangenheit oft genug bewiesen, dass sie kein ernsthaftes Interesse am Aufbau demokratischer Strukturen und der Einhaltung von Frauen- und Menschenrechten hat. Hierzu möchten wir Sie exemplarisch lediglich auf die Ratifizierung des frauenfeindlichen Schiitischen Personenstandsgesetzes durch den afghanischen Präsidenten im letzten Jahr hinweisen.

Auch die neue Regierung, von der fünf Ministerposten immer noch nicht besetzt wurden, lässt für die afghanischen Frauen nichts Gutes hoffen. So formulierte der neue afghanische Justizminister bei einem Treffen gegenüber Kolleginnen von *medica mondiale* Afghanistan regelrechte Hasstiraden

**Spendenkonto:** 45 000 163, BLZ 370 501 98, Sparkasse KölnBonn  
IBAN: DE92 3705 0198 0045 0001 63  
BIC: COLSDE33

Steuernummer  
215/5872/0277  
Finanzamt Köln-Mitte



gegen Frauenschutzhäuser. Zwei dieser Häuser – mühsam aufgebaut auch mit internationalen Geldern – wurden bereits geschlossen.

Ebenso besorgniserregend wie die Haltung der afghanischen Regierung sind auch die sich verschärfenden, frauenfeindlichen Tendenzen in der afghanischen Bevölkerung. Mit den so genannten Ulama Edikten (Rat von geistlichen Führern) werden Frauen massiv unter Druck gesetzt, indem diese zum Beispiel Reisen von Frauen ohne männliche Begleitung als Verstoß gegen die Scharia auslegen oder aber die Zusammenarbeit von Frauen und Männern in einem Raum quasi als Teufelswerk verurteilen.

Frauen erhalten auf ihren Mobiltelefonen Videos mit Vergewaltigungsszenen, weibliche Abgeordnete Todesdrohungen. Von einer positiven Entwicklung für die Frauenrechte kann daher nicht die Rede sein.

Umso mehr verwundert es, dass trotz der endlich gewonnenen Erkenntnis, dass militärische Ansätze nicht zur Befriedung Afghanistans führen werden, weiterhin täglich 100 Millionen US-Dollar in das Militär gesteckt werden; nur sieben Millionen US-Dollar hingegen für den zivilen Aufbau. Dieses Missverhältnis vermag auch die Aufstockung der zivilen Mittel für Afghanistan um weitere zehn Millionen Euro durch die Bundesregierung nicht verändern. Davon abgesehen stellt sich die Frage, wie dieses Geld unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und Nachhaltigkeit in Afghanistan investiert werden soll. Die Internationale Gemeinschaft hat es sträflich versäumt, den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in Afghanistan voranzutreiben. Funktionierende Staatsapparate, die große Summen von Entwicklungsgeldern vertrauenswürdig und sinnvoll verwalten könnten, gibt es zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Auch aus diesem Grunde können internationale Abkommen zum Schutz der Frauen nicht umgesetzt werden.

Wie Außenminister Westerwelle in seiner Rede richtig erkennt, kann der Aufbau Afghanistans nur durch einen gleichzeitig stattfindenden politischen Prozess vorangetrieben werden.

Wenn politischer Prozess aber meint, dass Frauenrechte zugunsten der Interessen kriegführender Parteien aufs Spiel gesetzt werden, muss diesem Ansatz vehement widersprochen werden. Außerhalb des Rahmens der afghanischen Verfassung, die die Gleichheit von Männern und Frauen anerkennt, dürfen keine Verhandlungen stattfinden.

Dies gilt auch für das damit verbundene, vom Außenminister benannte zentrale Thema der Konferenz: Reintegration und Versöhnung. Ohne dass die afghanische Regierung gleichzeitig die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen im Kriegskontext vorantreibt, wird ein erfolgreicher Friedens- und Versöhnungsprozess nicht möglich sein. Die deutsche Regierung darf gerade deshalb

**Spendenkonto:** 45 000 163, BLZ 370 501 98, Sparkasse KölnBonn  
IBAN: DE92 3705 0198 0045 0001 63  
BIC: COLSDE33

Steuernummer  
215/5872/0277  
Finanzamt Köln-Mitte



nicht hinnehmen, dass der für die Bekämpfung von Straflosigkeit elementar wichtige afghanische Aktionsplan zur Übergangsgerechtigkeit de facto nie in Kraft gesetzt, sondern im Dezember 2009 durch ein höchst umstrittenes Amnestiegesetz ersetzt wurde. Dieses Amnestiegesetz hat die Hoffnung auf eine zukünftige Aufarbeitung brutaler Kriegsverbrechen endgültig zunichte gemacht und verhöhnt insbesondere auch die überlebenden Opfer sexualisierter Gewalt.

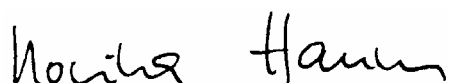
Wir werden morgen erleben, ob und wie die afghanische Regierung Rechenschaft darüber ablegt, wie es – mit den Worten des Außenministers gesagt – „um die Erfüllung ihrer Pflichten steht“ und welche konkreten Schritte sie dabei plant. *medica mondiale* würde es begrüßen, wenn Präsident Karzai Rechenschaft darüber ablegen würde, warum VertreterInnen afghanischer Frauen- und Menschenrechtsorganisationen lediglich ein halber Sitz bei der Konferenz zugedacht wurde (die andere Hälfte wurde dem privaten Sektor angeboten).

Auf diesem Wege kann eine „wirkliche“ Afghanisierung nie erfolgen – eine Afghanisierung, die die Stimmen der Zivilgesellschaft hört, sie ernsthaft zur Kenntnis nimmt und als relevante, unabhängige Akteurin anerkennt.

Abschließend möchte ich Sie darum heute fragen: Wie will sich die Bundesregierung zu dieser afghanischen Politik verhalten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um unsere Arbeit in einen sicheren Kontext zu stellen? Und wie wollen Sie die afghanische Zivilbevölkerung davor schützen, dass ihre Bürger- und Menschenrechte mit Füßen getreten werden?

Mit freundlichen Grüßen

medica mondiale



Dr. Monika Hauser

**Anlagen:**

**Pressemitteilung *medica mondiale* Afghanistan**

**Afghanistan-Positionspapier *medica mondiale***

**Spendenkonto:** 45 000 163, BLZ 370 501 98, Sparkasse KölnBonn  
IBAN: DE92 3705 0198 0045 0001 63  
BIC: COLSDE33

Steuernummer  
215/5872/0277  
Finanzamt Köln-Mitte

